

Das Ehetrennungs- und Ehescheidungsrecht des Fürstentums Liechtenstein

mit einem Vergleich der Regelungen in der Schweiz und
in Österreich sowie einem Überblick über
das ganze EheG Liechtensteins

Dissertation

der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Rechtswissenschaft

vorgelegt von
PETER SPRENGER
von Triesen FL

genehmigt auf Antrag von Herrn
Prof. Dr. Hans Michael Riemer

Schaan FL 1985
Selbstverlag des Verfassers



INHALTSVERZEICHNIS

§ 1 DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES LIECHTENSTEINISCHEN
EHERECHTES

A. <u>Das Altertum</u>	1
I. Die vorrömische Zeit	1
II. Die Römerzeit	2
III. Die Alemannen	3
B. <u>Das Mittelalter</u>	7
C. <u>Die frühe Neuzeit</u>	11
D. <u>Die Entwicklung seit 1800</u>	11
I. Die fürstliche Verordnung betreffend den politischen Ehekonsens von 1804	13
II. Die Rezeption des ABGB von 1812	14
III. Verordnung, wonach Ehen nur nach Erlangen des Ehekonsenses eingegangen werden dürfen	16
IV. Verordnung, die Erteilung von Verhelichungslizenzen betreffend	17
V. Die Mischehenvereinbarung von 1865/66	17
VI. Das Ehekonsensgesetz	18
VII. Das Eherecht als Gegenstand der Verfassungsberatungen von 1921	18
VIII. Die Gesetzesentwürfe betreffend die Einführung der Notzivilehe von 1943/48	21

<u>E. Die Zeit vor dem Erlass eines neuen Eherechtes</u>	22
--	----

§ 2 DAS NEUE LIECHTENSTEINISCHE EHERECHT VON 1973/74

<u>A. Einleitende Bemerkungen</u>	27
I. Die Gründe, die eine frühere Reform verunmöglichten	27
1. Die Konservativität	27
2. Der Katholizismus	28
a. Der sehr hohe katholische Bevölkerungsanteil	28
b. Der lange, hartnäckige Widerstand der Geistlichkeit	28
c. Die rechtliche Behandlung der katholischen Kirche	29
II. Die Gründe, die eine Reform ermöglichten	29
1. Das 2. vatikanische Konzil	29
2. Die Zustimmung der Kirche	30
3. Die untragbaren, rechtlichen Zustände	30
a. Die katholische Trauung als einzige, mögliche Eheschliessungsform	30
b. Die Ehehindernisse des ABGB	30
c. Die Unmöglichkeit der Scheidung	31
d. Das rasante Ansteigen der Konkubinatsverhältnisse	32
4. Persönliche Interessen	32
5. Die personelle Konstellation	33
6. Die Thronrede des Fürsten	34
7. Die Landtagswahlen	34

B. <u>Die Vorarbeiten</u>	35
I. Die Kommission zum Studium liechtensteinischer Ehe- rechtsfragen	37
II. Der Bericht der Kommission	40
III. Der Regierungsbeschluss	41
IV. Die Teilvorentwürfe	41
V. Der Gesetzesentwurf der Regierung	43
VI. Der Bericht und Antrag	46
1. Grundsätze	48
2. Trennungssperrfrist	48
3. Trennungs- und Scheidungsverfahren	48
4. Trennungsgründe	49
5. Trennungsfristen	49
6. Widerspruchsrecht	50
7. Schutz der ehelichen Gemeinschaft	50
VII. Die Lesungen der Vorlage im Landtag	51
VIII. Das Inkrafttreten	54
C. <u>Kurze Charakterisierung des Ehegesetzes</u>	56
I. Die Systematik	56
II. Die wesentlichsten Neuerungen	57
1. Die Einführung der obligatorischen Zivilehe	57
2. Die Einführung der allgemeinen Scheidungs- möglichkeit	58
III. Die Quellen	58
1. Das ZGB	59
2. Das ABGB und das österreichische EheG	59
3. In Anlehnung an den ZGB-Wortlaut geschaffene Normen mit abweichendem, materiell rechtlichem Inhalt	60

IV.	Kritische Bemerkungen	62
1.	Zum Ehegesetz im allgemeinen	62
a.	Die Rezeption aus verschiedenen Gesetzen	62
b.	Die Art der Gesetzgebung	63
2.	Kritische Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des EheG ausserhalb seines 3. Teiles	65
a.	Das Verkündungsverfahren	65
b.	Die Eheungültigkeit	65
c.	Die Staatsbürgerschaftsehe	69
d.	Der dominierende Ehemann	74
D.	<u>Die Ehetrennung und die Ehescheidung nach liechtensteinischem Ehegesetz</u>	77
I.	Die geänderte Terminologie	77
II.	Uebersicht	78
1.	Systematik	78
2.	Tabelle	79
III.	Die Trennung	80
1.	Die Bedeutung der Trennung	80
2.	Die einverständliche Trennung	82
a.	Die gesetzliche Regelung	82
b.	Die Quelle und die Entstehungsgeschichte	85
c.	Kritik	86
d.	Die Bedeutung	89
3.	Die Trennung ohne Einverständnis oder die streitige Trennung	90
a.	Die Bedeutung	90
1.	*Allgemeines und Statistisches	90
2.	Die streitige Trennung als eigenständiges Institut	93
3.	Die streitige Trennung als Vorstufe zur Scheidung	94

b. Die Quellen und die Entstehungsgeschichte	97
c. Grundsätzliche Standpunkte des Ehegesetzes bezüglich Trennung und Scheidung	99
1. Einleitung	99
2. Der Ehebegriff des EheG	99
2.1. Die Begründung der Ehe durch Vertrag	103
2.2. Die Ehe als volle und ungeteilte Lebensgemeinschaft	103
2.3. Die Ehe als Lebensgemeinschaft zweier Menschen	104
2.4. Die Ehe als Lebensgemeinschaft zweier Menschen verschiedenen Geschlechts	104
3. Der Ausnahmefall der Ehescheidung	105
4. Die Erhaltung der Ehe	106
4.1. Die kranke Ehe	109
4.2. Die Eheberatungsstellen	110
4.2.1. Die Familienberatungsstelle	111
4.2.2. Die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche	112
4.3. Die Eheschutzmassnahmen	114
4.3.1. Die Ermahnung	114
4.3.2. Die materiellen Massnahmen	114
4.4. Der Zeitpunkt der Trennungsklageerhebung	116
4.5. Die Versöhnungsversuche zu Beginn des Trennungsverfahrens	117
4.6. Die eheerhaltenden Versuche während des Trennungsverfahrens	119
4.6.1. Die "Verjährung" der Klage	120
4.6.2. Der Beizug von Sachverständigen	120
4.6.3. Die Unterbrechung des Verfahrens gemäss Art. 67	121
4.7. Die obligatorische Trennungszeit	121

5.	Die Priorität des Verschuldensprinzipes	122
5.1.	Der Grundsatz	122
5.2.	Die Begriffe Verschuldens- und Zerrüttungsprinzip	122
5.2.1.	Das Zerrüttungsprinzip	123
5.2.2.	Das Verschuldensprinzip	124
5.3.	Die Priorität des Verschuldensprinzipes nach liechtensteinischem EheG	128
6.	Die Kombination des Verschuldensprinzipes mit dem Zerrüttungsprinzip	132
7.	Klage und Urteil	137
d.	Die gesetzliche Regelung und die Rechtsprechung	138
1.	Die Trennungsgründe	138
1.1.	Der Trennungsgrund als Frage des materiellen Rechts	138
1.2.	Der Katalog der Trennungsgründe	139
1.3.	Die Reduzierung der speziellen Gründe	140
1.4.	Die Trennungsgründe als Verschuldens-tatbestände	142
1.5.	Die Absolutheit der Trennungsgründe	142
1.6.	Die speziellen Trennungsgründe	144
1.6.1.	Der Ehebruch	144
1.6.1.1.	Die Bedeutung	144
1.6.1.2.	Der Tatbestand	145
1.6.1.3.	Die Rechtsprechung	146
1.6.2.	Nachstellung nach dem Leben und schwere Misshandlung	147
1.6.2.1.	Die Bedeutung	147
1.6.2.2.	Die Nachstellung nach dem Leben	148
1.6.2.3.	Die schwere Misshandlung	148
1.6.3.	Das böswillige Verlassen	149
1.6.3.1.	Die Bedeutung	149
1.6.3.2.	Der Tatbestand	150
1.6.3.3.	Die Rechtsprechung	150

1.7.	Der allgemeine Trennungsgrund des sonstigen ehewidrigen Verhaltens	152
1.7.1.	Die Bedeutung	152
1.7.2.	Der Tatbestand	153
1.7.2.1.	Das ehewidrige Verhalten	154
1.7.2.1.1.	Verstösse gegen gemeinsame Pflichten gemäss Art. 43	155
1.7.2.1.2.	Verstösse gegen besondere Pflichten des Mannes gemäss Art. 44	156
1.7.2.1.3.	Verstösse gegen besondere Pflichten der Frau gemäss Art. 45, 44 und 48	157
1.7.2.2.	Die Unzumutbarkeit des Zusammenlebens	158
1.7.3.	Die Rechtsprechung	160
1.7.3:1.	Entscheidungen zum ehewidrigen Verhalten	160
1.7.3.1.1.	Die veröffentlichte Rechtsprechung	160
1.7.3.1.2.	Die unveröffentlichte Rechtsprechung	161
1.7.3.2.	Entscheidungen zur Unzumutbarkeit des Zusammenlebens	174
1.8.	Das Verhältnis der Trennungsgründe	175
2.	Die Klageausschlussgründe	176
2.1.	Der Zeitpunkt der Klageerhebung	176
2.2.	Die Verzeihung	177
2.3.	Die Zustimmung	179
2.4.	Die "Verjährung"	179
3.	Sonstige verfahrensrechtliche Bestimmungen	182
e.	Kritische Bemerkungen	182
1.	Die Funktion der obligatorischen Trennung	183
2.	Die Verkürzung der Dauer der Trennungsfristen	185
3.	Die Priorität des Verschuldensprinzipes	186
3.1.	Die "Relativierung" der Trennungsgründe	186

3.2.	Die Abschaffung des Widerspruchsrechtes	187
4.	Die Praxis des Landgerichtes zu Art. 61	188
5.	Gesetzliche Verankerungen	189
5.1.	Die Eheberatungsstellen	189
5.2.	Der Ausschluss der Rechtsanwälte von den Versöhnungsversuchen	189
6.	Exkurs: Der Ehebruch im Strafrecht	191

IV.	Die Trennungsfolgen	192
1.	Allgemeines	192
2.	Die Aufrechterhaltung des Ehebandes	192
3.	Die Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft	193
a.	Der Wegfall der Pflicht zum häuslichen Zusammenleben	193
b.	Der Wegfall der Folgepflicht der Frau	193
c.	Der Wegfall der Pflicht zu geschlechtlichem Umgang	194
d.	Der Wegfall der Schlüsselgewalt der Frau	194
e.	Der Wegfall der Einholung der Bewilligung zur Ausübung eines Berufes durch die Frau	194
4.	Die Aufhebung der ehelichen Treuepflicht	195
a.	Die ehezerstörende Wirkung	195
b.	Das Problem der Ehelichkeitsvermutung	197
5.	Das Erbrecht	198
a.	Kein Erbrecht des allein oder überwiegend schuldig getrennten Ehegatten	198
b.	Das grundsätzliche Weiterbestehen des gesetzlichen Erbrechtes des unschuldig oder weniger schuldig Getrennten	199
c.	Der Einbruch in den Grundsatz der Reziprozität	200
d.	Die Möglichkeit des Erbverzichtes oder einer letztwilligen Verfügung	200
6.	Der Unterhalt nach der Trennung	201
a.	Allgemeines	201

b. Uebersicht	206
c. Die Priorität der Vereinbarung	207
1. * Die Dispositivität der Art. 82-85	207
2. Der mögliche Inhalt der Vereinbarung	208
2.1. Der Unterhalt	208
2.2. Die Zuweisung der Ehwohnung	208
2.3. Die Verteilung des Hausrates	209
2.4. Die vermögensrechtliche Auseinander- setzung	209
3. Die Regelung bezüglich der Kinder	210
3.1. Die Praxis eines separaten Verfah- rens	210
3.2. Der materielle Gehalt des § 142 ABGB	213
3.2.1. Die Kinderzuteilung	215
3.2.1.1. Das Kindeswohl	216
3.2.1.2. Die Exemplifikation von Umständen des Einzelfalles, die das Kindeswohl tangieren	216
3.2.2. Die Befugnis zu persönlichem Verkehr	217
4. Die Bedeutung der Bestätigung des Ge- richtes	218
5. Die liechtensteinische Rechtsprechung zur Frage der Unterhaltsvereinbarung	220
d. Die Regelung des Unterhaltes etc. durch den Richter	221
1. Das Verschulden als Voraussetzung der Unterhaltsgewährung	222
2. Die Unbeachtlichkeit des Verschuldens	222
3. Der Unterhaltsanspruch der Frau	223
4. Der Unterhaltsanspruch des Mannes	229
5. Der Billigkeitsbeitrag des Art. 84	231
6. Die Zuweisung der Ehwohnung und die Verteilung des Hausrates gemäss Art. 85	234
7. Die Rechtsprechung	234
7.1. Die Anspannungstheorie	234
7.2. Schulden	235

7.3.	Unterhaltsrückstände	235
7.4.	Zulagen	236
e.	Die Aenderung in den Verhältnissen	236
f.	Die Art der Unterhaltsgewährung	240
1.	Der Normalfall der Rente	240
2.	Der Ausnahmefall einer Kapitalabfindung	241
g.	Die Begrenzung und der Wegfall des Unterhaltsanspruches	241
1.	Die selbstverschuldete Bedürftigkeit	241
2.	Die Verwirkung	243
3.	Die Wiederverheiratung oder der Tod eines Ehegatten sowie das Zusammenleben im Konkubinat	245
3.1.	Das Schicksal des Unterhaltes gemäss Art. 82	246
3.2.	Das Schicksal des Unterhaltsbeitrages gemäss Art. 84	248
3.3.	Gesetzlicher und vertraglicher Unterhalt	248
3.4.	Das Problem des Schicksals von Unterhaltszahlungen bei aufgrund des Uebergangsrechtes ohne Verschuldensfeststellung geschiedener Ehen	251
7.	Der eheliche Güterstand	253
a.	Der ordentliche, gesetzliche Güterstand der Gütertrennung	253
b.	Die Ehepakete	254
V.	Die Scheidung	255
VI.	Die Scheidungsfolgen	256
1.	Die Hauptfolge	256
2.	Die Nebenfolgen	256
a.	Der Name der geschiedenen Frau	256
b.	Der Unterhalt	260
c.	Das Bürgerrecht	260
d.	Die Ehepakete	261
e.	Der ordentliche Güterstand	261

f. Das Erbrecht	261
g. Die AHV-Rente	262
h. Die Genugtuung gemäss § 1266 IABGB	262a
i. Die Schwägerschaft	262a
VII. Das IPR der Ehetrennung und -scheidung	264
1. Das IPR im allgemeinen	264
2. Das IPR der Trennung und Scheidung	266
a. Die Zuständigkeit des liechtensteinischen Richters	267
b. Das anwendbare Recht	268
1. *Oesterreich	269
2. Schweiz	269
3. Liechtenstein	271
c. Die Anerkennung von ausländischen Entscheidungen	275
3. Das IPR de lege ferenda	276
E. <u>Das Verfahren in Ehesachen</u>	277
I. Allgemeines und Entstehungsgeschichte	277
1. Allgemeines	277
2. Die Entstehungsgeschichte der Novellen	278
II. Die verschiedenen Verfahren	279
1. Das Verfahren bei einverständlicher Trennung	280
2. Das Verfahren bei Trennung ohne Einverständnis	280
3. Das Scheidungsverfahren	288
III. Der Schuldspruch	292
IV. Die Prozessvoraussetzungen	295

1. Keine aktorische Kaution	296
2. Die Prozessfähigkeit	296
V. Die Prozessmaximen des Eheverfahrens	297a
1. Die Zurückdrängung des Verhandlungsgrundsatzes durch den Untersuchungsgrundsatz	298
2. Die Zurückdrängung der Dispositionsmaxime durch die Officialmaxime	300
3. Die Verdrängung des Oeffentlichkeitsgrundsatzes durch die Nichtöfentlichkeit	301
VI. Die einstweilige Verfügung	302
VII. Die Wiederaufnahme der ehelichen Gemeinschaft	309
VIII. Das Rechtsmittelverfahren	311
IX. Statistik des Eheverfahrens	312
X. Einige kritische Bemerkungen	314
1. Die Unmöglichkeit der Scheidung bei vorgängiger, einverständlicher Trennung	314
2. Die Doppelspurigkeit prozessrechtlicher Normen	318
3. Die zwangsweise Vorführung des § 523 IV ZPO	320
4. Der Eheprozess als kontradiktorisches Verfahren	321
5. Konventionalscheidung in Liechtenstein?	321

§ 3 UEBERBLICK UEBER DAS SCHWEIZERISCHE SCHEIDUNGSRECHT

A. <u>Geschichtlicher Abriss</u>	334
B. <u>Grundlagen</u>	337

I.	Der Begriff der Ehe	337
II.	Die Auf Lösungsmöglichkeiten einer Ehe	340
	1. Ueberblick	340
	2. Die Auf Lösungsmöglichkeiten im einzelnen	340
	a. Der Tod	340
	b. Die Verschollenerklärung	340
	c. Die Ungültigerklärung	341
	d. Die Ehescheidung	342
C.	<u>Die Scheidung</u>	343
I.	Die Scheidungsgründe	344
	1. Der Ehebruch	346
	2. Die Nachstellung nach dem Leben, die schwere Misshandlung und die schwere Ehrenkränkung	349
	3. Das entehrende Verbrechen und der unehrenhafte Lebenswandel	350
	4. Die böswillige Verlassung	351
	5. Die Geisteskrankheit	352
	6. Die Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses	353
	7. Die Scheidung nach Ablauf der Trennungsfrist	356
II.	Die Scheidungswirkungen	359
	1. Die Hauptfolge der Scheidung	359
	2. Die Nebenfolgen der Scheidung	360
	a. Die Stellung der geschiedenen Frau	360
	1. Der Familienname	360
	2. Das Bürgerrecht	361
	b. Der Stand der Kinder	361
	c. Die Wiederverheiratung	362

d. Die Vermögensrechte	362
1. Schenkungen	362
2. Das gesetzliche Erbrecht	362
3. Sozialversicherung	363
e. Die Strafwaretefrist	363
f. Die güterrechtliche Auseinandersetzung	364
g. Die nahehelichen Vermögensleistungen	365
1. Einleitende Bemerkungen	365
2. Die Entschädigung nach Art. 151 ZGB	365
3. Die Bedürftigkeitsrente nach Art. 152 ZGB	368
4. Die Abänderbarkeit der Renten	369
5. De lege ferenda	372
h. Anordnungen betreffend die Kinder	372
1. Die elterliche Gewalt	373
2. Das Recht auf persönlichen Verkehr	373
3. Der Unterhalt	373a
4. Die Abänderung	373a
III. Das Scheidungsverfahren	373a
1. Allgemeines	373a
2. Die örtliche Zuständigkeit	374
3. Die Einschränkung der Dispositionsmaxime	375
4. Die erweiterte Geltung der Offizialmaxime	376
5. Die Verhandlungsmaxime	377
6. Die freie Beweiswürdigung und das Eidverbot	378
7. Die Rechtskraft von Scheidungsurteilen	378
8. Die vorsorglichen Massnahmen	389

§ 4 UEBERBLICK UEBER DAS OESTERREICHISCHE SCHEIDUNGSRECHT

A. <u>Geschichtlicher Abriss</u>	380
B. <u>Grundlagen</u>	381
I. Der Begriff der Ehe	381
II. Die Auflösungsmöglichkeiten der Ehe	384
1. Uebersicht	384
2. Die Auflösungsmöglichkeiten im einzelnen und ihre Bedeutung	384
a. Der Tod	384
b. Die Scheidung	385
c. Die Nichtigerklärung	385
d. Die Aufhebung	386
e. Die Todeserklärung	387
C. <u>Die Scheidung</u>	388
I. Die Scheidungsgründe	390
1. Uebersicht	390
2. Der Ehebruch	391
3. Die Verweigerung der Fortpflanzung	392
4. Andere Eheverfehlungen	393
5. Das auf geistiger Störung beruhende Verhalten	396
6. Die Geisteskrankheit	397
7. Die ansteckende oder ekelerregende Krankheit	398
8. Die Vermeidung von Härten	398
9. Die Auflösung der häuslichen Gemeinschaft	399
10. Das Einvernehmen	402

II.	Die Scheidungswirkungen	404
1.	Der gemeinschaftliche Wohnsitz	405
2.	Der eheliche Güterstand	405
3.	Das gesetzliche Erbrecht	406
4.	Die Staatsbürgerschaft	406
5.	Der Name der geschiedenen Ehegatten	407
6.	Der nacheheliche Unterhalt	409
a.	Die Unterhaltspflicht bei Scheidung wegen Verschuldens	409
b.	Die Unterhaltspflicht bei Scheidung aus anderen Gründen	411
c.	Der Verweis auf andere unterhaltsrechtliche Normen	413
III.	Das Scheidungsverfahren	413
1.	Das Verfahren bei streitiger Ehescheidung	414
2.	Das Verfahren bei Scheidung im Einvernehmen	416

§ 5 DAS LIECHTENSTEINISCHE, SCHWEIZERISCHE UND OESTERREICHISCHE SCHEIDUNGSRECHT IM VERGLEICH

A.	<u>Die Systeme</u>	418
I.	Der Weg zur Scheidung	418
1.	Die Bedeutung der Trennung	418
2.	Die Klage und das Urteil	420
3.	Die Scheidung	421
II.	Verschuldens- oder Zerrüttungsprinzip?	422
1.	Schweiz	423
2.	Oesterreich	425
3.	Liechtenstein	427

III. Die Eheauflösungsmöglichkeiten	428
B. <u>Die Gründe</u>	430
I. Uebersicht	431
II. Die Anzahl der Gründe	432
III. Allgemeine und spezielle Gründe	433
IV. Relative und absolute Gründe	433
C. <u>Die Folgen</u>	436
I. Der Name der geschiedenen Frau	437
II. Der Unterhalt	439
1. Der Interessenausgleich	439
2. Die grundsätzlichen Standpunkte des Unterhaltsrechtes	440
a. Die Vereinbarung	440
b. Die Bedeutung des Verschuldens im Unterhaltsrecht	441
3. Die Arten der Unterhaltsleistung	446

§ 6 RECHTSPOLITISCHE GEDANKEN BEZUEGLICH DER GELTENDEN GESETZ-
GEBUNG IN DER SCHWEIZ UND IM FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

A. Schweiz

I. Zeitlich vernünftige, obligatorische Trennungsfrist vor der Scheidung	452
--	-----

II.	Die zeitliche Limitierung des Widerspruchsrechtes nach Art. 142 II ZGB	454
III.	Die Abschaffung der Wartefrist für den schuldig Geschiedenen	456
IV.	Die Streichung der speziellen Scheidungsgründe	458
V.	Der Ausschluss der Klage zu Beginn der Ehe	458
VI.	Die allgemeine Regelung der Verwirkungsfrist	459
VII.	Die allgemeine Regelung der Verzeihung	460

B. Liechtenstein

I.	Die Einführung der Scheidungsmöglichkeiten bei der einverständlichen Trennung	461
II.	Die Verkürzung der Dauer der Trennungsfristen	461
III.	Die Zurückdrängung des Verschuldensprinzipes	461
IV.	Die Aufwertung der Versöhnungsversuche	462
V.	Die vermehrte Förderung und gesetzliche Verankerung der Eheberatungsstellen	462
VI.	Die Streichung der speziellen Trennungsgründe	462
VII.	Der vom Parteiwillen unabhängige Beizug eines Sachverständigen	462

VIII.	Der Entscheid der Kinderfragen im Ehetrennungsverfahren	462
IX.	Die geschlechtsneutrale Formulierung von im geltenden Recht geschlechtsspezifisch formulierten Bestimmungen	462
X.	Das grundsätzliche Ueberdenken des Unterhaltsrechtes	462
XI.	Die Schaffung einer gesetzlichen Rangordnung der Unterhaltsansprüche	462
XII.	Die Schaffung eines einfacheren Verfahrens zur Namensänderung nach der Scheidung und die Harmonisierung der Zuständigkeiten in den Absätzen I und II des Art. 79	463
XIII.	Die massvolle Verlängerung der grundsätzlichen Frist des Art. 62 mit Reduktionsmöglichkeit nach freiem, richterlichem Ermessen für hoffnungslose Fälle	463
XIV.	Die Beseitigung von Doppelspurigkeiten bei prozessrechtlichen Normen	463
XV.	Die Abschaffung der zwangsweisen Vorführung des § 523 IV ZPO	463

§ 7 DIE STATISTIK

A.	<u>Allgemeines</u>	464
B.	<u>Uebersicht</u>	466
C.	<u>Die Tabellen</u>	466
I.	Einverständliche Trennung	467

I.	Trennung ohne Einverständnis	468
	1. Allgemeines	468
	2. Personenbezogene Angaben	469
	3. Kinder	470
	4. Prozessuales	471
II.	Scheidungen	
	1. Scheidungen nach Uebergangsrecht	472
	2. Scheidungen nach neuem Recht	473
IV.	Klagsabweisungen	474
V.	Rückzüge von Trennungsklagen und Ruhen des Verfahrens	475
D.	<u>Legende</u>	476
E.	<u>Gerichtsinterne Statistik</u>	
	f. Ehetrennungen	478
II.	Ehescheidungen	479
 <u>§ 8 ANHANG</u>		
A.	<u>Gesetzestexte</u>	481
	I. Gesetzestext des EheG	481
	II. Gesetzestext der ZPO-Novelle das Eheverfahren betreffend	500
B.	I. <u>Gegenüberstellung der Artikel des liechtensteinischen EheG mit den entsprechenden Normen des ZGB und dem österreichischen EheG bzw. ABGB</u>	507
	II. <u>Fundstellen zu den ZPO-Bestimmungen bezüglich des Verfahrens in Ehesachen</u>	516
C.	<u>Chronologie der Ereignisse bei den Vorarbeiten zum EheG</u>	518